

Interview mit Felix Löwenstein

**Der Umweltminister-
rat in Brüssel hat am
Montag letzter Woche
in einer Abstimmung
bestätigt, dass die An-
bauverbote für Mon
810 in Österreich und
Ungarn zulässig sind.
Das Nein von Umwelt-
minister Gabriel war
dabei das Zünglein an
der Waage. Ein Erfolg
politischer Lobbyar-
beit?**

F. Löwenstein: Ich glaube, dass der Druck, den wir in den letzten Tagen vor der Abstimmung auch in Richtung Umweltministerium aufgebaut haben, wichtig war. Dass wir die Rolle von Ministerin Schavan für die Entscheidung in ihrem Wahlkreis Ulm thematisiert haben, könnte bewirkt haben, dass sie sich aus der Ressortabstimmung herausgehalten hat. Ursache und Wirkung kann man in solchen Dingen aber immer nur schwer zuordnen. Nur eines ist sicher: ohne die politische Arbeit, die von vielen verschiedenen

Akteuren geleistet wird, hätte sich Deutschland nicht gegen den Kommissionsantrag gestellt!

**Frankreich, Griechen-
land und Polen haben
ebenfalls nationale
Anbauverbote erlas-
sen. Warum muss dar-
über noch einmal ex-
tra abgestimmt werden
und welches Abstim-
mungsergebnis haben
wir zu erwarten?**

F. Löwenstein: Polen ist ein Spezialfall: dort hat man alle MON810 Sorten nicht ins nationale Sortenregister eingetragen, weil sie für das polnische Klima nicht geeignet seien. Frankreich und Griechenland hingegen haben die „Schutzklausel“ gezogen und das generelle Verbot des BT-Gentechnik-Trait von MON810 mit den Gefahren für die Biodiversität begründet. Sie werden aus rein formalen Ablaufgründen separat behandelt. Wie dann die Abstimmung im Umweltministerrat ausgeht, ist wieder offen – umso



Dr. Felix Prinz zu Löwenstein, Vorstand BÖLW

wichtiger ist es, die Sache in der öffentlichen Diskussion zu halten!

Sind die Chancen eines Anbauverbots - noch vor der nächsten Aussaatperiode - in Deutschland und vielleicht auch in anderen EU-Ländern, dadurch gestiegen?

F. Löwenstein: Letztlich hängt alles vom politischen Willen der jeweiligen Regierungen ab. Wer jetzt die „Schutzklausel ziehen“ möchte, weiß immerhin, dass die Kommission nicht allzu gute Karten hat. Es scheint allerdings, als ob Monsanto

in Deutschland gerichtlich gegen einen solchen Schritt vorgehen wird – was die Firma in Frankreich nicht getan hat.

Erstmals seit zehn Jahren will die EU Kommission jetzt zwei neue Gentechnikmais-Sorten Bt 11 von Syngenta und DAS 1507 von Pioneer zulassen. Bei der Vorabstimmung im "Ständigen Ausschuss" der Mitgliedsländer stimmten dafür 6 Staaten. Der deutsche Vertreter verließ bei der Ab-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

stimmung, wie das Landwirtschaftsministerium bekannt gab, „weisungsgemäß“ den Saal um weder dafür noch dagegen stimmen zu müssen. Was bedeutet dies für das weitere Procedere?

F. Löwenstein: Das Verhalten des deutschen Vertreters ist durch die unterschiedliche Position der Koalitionspartner verursacht: CSU und SPD wären gegen eine Zulassung, die CDU dafür – in Wirklichkeit mag es aber noch komplizierter sein, weil in allen Koalitionsparteien sowohl Befürworter als auch Gegner der Gentechnik aktiv sind.

Wird die längst überfällige Reform der EFSA in absehbarer Zeit kommen?

F. Löwenstein: Darauf darf man in der Tat gespannt sein. Der EU-Umweltministerrat hat sich Anfang Dezember 2008 einstimmig dafür ausgesprochen, die Zulassungsverfahren zu verändern - getan hat sich in dieser Frage aber noch nichts.

Der BÖLW steht zu diesen Themen ständig in engem Kontakt mit den zuständigen politischen Vertretern. Welche Rolle spielen Verbände für die Entscheidungen in der Politik?

F. Löwenstein: Ohne jede Frage spielt die politische Arbeit von Verbänden und Initiativen in der Agro-Gentechnik -frage eine entscheidende Rolle. Eine Aufgabe des BÖLW ist die Koordination des „Runden Tisches“, an dem

Aktionen und Positionen abgestimmt werden. In Bayern konnte man vor der Landtagswahl erleben, wie die gemeinsame Initiative verschiedenster Gruppen so viel Öffentlichkeit hergestellt hat, dass am Ende die CSU sich genötigt sah, mit dem Slogan zu werben: „Wer gegen Gentechnik ist, muss CSU wählen“! Gleichzeitig ist das sachliche und vertrauliche Gespräch mit den Entscheidungsträgern der Politik wichtig, das von der ehrlichen Absicht getragen ist, dem Gesprächspartner Informationen für eine gute Entscheidungsfindung zu geben.

Das Interview führte Harald Wurm